Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12 –1
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Donnerstag, den 31. März 1881. Nr. 152.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir sogleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den gewöhnlich so interessanten Kammerberichten, aus den lokalen und provinziellen Begebnissen darbieten, die Schnelligkeit unserer Nachrichten ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Wir werden auch fernerhin für ein spannendes und interessantes Feuilleton sorgen

Der Preis der zweimal täglich erscheinenden **Stettiner Zeitung** beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur **zwei Mark**, in Stettin **in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Bringerlohn 70 Pfg.**

Die Redaktion.

Deutscher Reichstag.

25. Sitzung vom 30. März.

Präsident v. Goßler eröffnet die Sitzung um $11^1/_4$ Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: v. Puttkamer, Dr. Stephan, v. Bötticher.

Tagesordnung:

I. Mehrere Petitionen werden, dem Vorschlage der Kommission gemäß, zur Erörterung im Plenum für nicht geeignet erachtet.

II. Erster Bericht der Petitions-Kommission über die Petitionen des Vereins nassauischer Land- und Forstwirthe in Wiesbaden und der Winzervereine an der Ahr in Betreff der Besteuerung ausländischer Weintrauben. Die Kommission beantragt, die Petitionen dem Herrn Reichskanzler zur Kenntnißnahme zu überweisen.

Abg. Sonnemann macht darauf aufmerksam, daß der größte Theil der ausländischen Trauben zur Champagner-Fabrikation verwendet werde. Er schlägt vor, den Zollsatz auf 6 bis 8 Mark zu normiren, da ein höherer Zoll leicht schädlich wirken könnte.

Abg. Dr. Buhl hält diesen Satz für zu niedrig und stellt seinerseits in Abrede, daß ein großer Theil der Trauben eine derartige Verwendung finde, wie der Vorredner behauptet.

Referent Abg. Haerle empfiehlt die Annahme des Kommissionsantrages, der darauf vom Hause angenommen wird.

III. Berathung des Antrages der Abgg. Grad, Karsten und v. Wedell-Malchow: Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die erforderlichen Maßregeln zu treffen, um einen billigeren und rascheren Bezug der Depeschen für Witterungsberichte zum praktischen Gebrauche der Landwirthschaft und Industrie im deutschen Reiche herbeizuführen.

Abg. Grad befürwortet den Antrag zur Annahme unter Hinweis auf die guten Erfolge, welche diese Einrichtung in anderen Staaten gehabt. Dem gegenüber fielen die Kosten derselben nur wenig in's Gewicht, die überdies zum größten Theile durch die Einnahmen gedeckt würden.

Staatssekretär Dr. Stephan: Der Antrag hat eine sehr praktische Seite, nämlich das Bezahlen. Bei aller Sympathie für den Antrag, und bei aller Neigung, in dieser Geldsache die Gemüthlichkeit nicht auszuschließen, möchte ich mir doch die Gegenfrage erlauben, wie denkt man sich denn die Verbreitung dieser Depeschen bei Tage und bei Nacht, in welchem Umfang oder an welche Behörden sollen sie gerichtet werden, wie denkt man sich überhaupt die ganze Organisation dieser Einrichtung? Darüber muß man sich doch zunächst klar werden und in dieser Beziehung wird diese Frage entschieden beherrscht von den Grundsätzen des Reichspostgesetzes, daß Porto- und Telegraphenfreiheit allein im Reichsdienst zulässig sei. Wenn für diesen gemeinnützigen Zweck die Telegraphenfreiheit bewilligt würde, warum sollen andere gemeinnützige Institute nicht denselben Anspruch erheben dürfen? Redner wiederholt, daß auf die Sache nur dann eingegangen werden könne, wenn die Organisationsfrage erledigt und die Vorfrage gelöst ist, ob die Einrichtung vom Reiche übernommen werden soll.

Abg. Thilenius hat aus der Erklärung des Vorredners wenigstens so viel entnommen, daß die der Durchführung des angeregten Gedankens zur Zeit noch entgegenstehenden Bedenken ihre Lösung finden würden, wenn die ganze Sache auf das Reich übertragen würde.

Die Abgg. Fürst zu Hohenlohe-Langenburg und Freiherr zur Rabenau sprechen ebenfalls für den Antrag; desgleichen der Mitantragsteller Abg. v. Wedell. Der Reichstag solle nur aussprechen, daß im Interesse der Landwirthschaft von den Witterungsberichten ein größerer praktischer Gebrauch gemacht werde. Die Ausführung, die Organisation werde sich dann schon finden, das könne man dem bekannten organisatorischen Talent des Herrn Staatssekretärs Dr. Stephan überlassen.

Der Antrag wird hierauf fast einstimmig vom Hause angenommen.

IV. Berathung der Denkschrift über die Anordnungen, welche von der preußischen und der hamburgischen Regierung auf Grund des § 28 des Sozialistengesetzes unter dem 28. Oktober 1880 mit Genehmigung des Bundesrathes getroffen worden sind, — in Verbindung mit den Bemerkungen zur Uebersicht der vom Bundesrath gefaßten Entschließungen auf Beschlüsse des Reichstages.

Abg. Auer: Es ist zwar richtig, wie der Bundesrath in seiner Entschließung mittheilt, daß der Erlaß des Polizei-Präsidiums zu Berlin sich nicht gegen das Sammeln für die Angehörigen Ausgewiesener richtet, aber die Resolution des Reichstages richtet sich nicht gegen den oben angeführten Erlaß, sondern spricht generell aus — und fand in diesem Sinne auch die Zustimmung des Vertreters der verbündeten Regierungen —, daß Sammlungen für die Angehörigen Ausgewiesener nicht verboten werden können. Trotzdem wurden seitens des Reichskanzlers und der Einzelregierungen doch keine Anstalten getroffen, um erlassene Verbote der Polizei aus der Welt zu schaffen. Solche Verbote existiren heute noch. So hat die Polizeibehörde in Altona ein Verbot erlassen, in welchem „das Einsammeln von Beiträgen zur Unterstützung der Frauen und Kinder der aus Berlin ausgewiesenen Sozialdemokraten" untersagt wird. Die Denkschrift weise am besten nach, daß das ganze Sozialistengesetz nichts genutzt habe. Man werde zwar aus der Most'schen „Freiheit" heute Enthüllungen bringen wollen. Nun, Most sei längst von der Partei desavouirt, wegen der Dummheiten, die er gemacht habe. Redner erzählt, daß die Polizei durch ihre Agenten Leute in Berlin habe zur Verbreitung der „Freiheit" verleiten lassen, und meint, das liege doch nicht in dem Interesse der Ordnung. Redner kommt sodann auf die Sympathien-Erklärung der Sozialdemokratie an die Nihilisten und meint, selbst die Konservativen hätten beim Zuge Garibaldi's von Mentana aus nach Neapel, bei der Vertreibung der Fürsten aus Nassau, Kassel und Hannover ganz ähnliche Sympathien in ihrer Presse ausgedrückt. Er habe alle Hochachtung vor seinen Parteigenossen in Berlin, die nach dem Berichte des Bundesrathes, trotz des Ausnahmegesetzes, ihre Organisation aufrecht erhalten hätten. Redner kommt sodann auf die Werner'sche Affaire mit der geheimen Druckerei und sucht die Sache als sehr unschuldig darzustellen. Redner wendet sich gegen die weitere Anfechtung des Sozialismus, der durch den Reichskanzler salonfähig gemacht werde; kein sozialdemokratischer Redner habe es jemals gewagt, die Arbeiter an ihre Geduld zu mahnen, wie es der Kanzler hinsichtlich der Miethssteuer gethan. Das sei aber nicht der Kanzler allein, die Christlich-Sozialen, der Soziale Reichsverein, die Antisemiten führten heute unter dem Schutze der Polizei eine Sprache, die bei den Sozialdemokraten in gleicher Heftigkeit nie vorgekommen sei. Es scheine aber erlaubt zu werden, namentlich bei den Antisemiten-Versammlungen, eine solche Sprache zu führen, weil Herr Henrici jedesmal am Ende eine Antwort-Depesche des Reichskanzlers verlesen könne, bei den letzten Versammlungen hat er sie schon am Anfange verlesen. (Der Reichskanzler ruft: Das ist nicht wahr!) Redner verlangt sodann, daß die Polizei ehrenhafte Leute nicht mit Anträgen belästigen solle, als Spione in ihren Dienst zu treten, und geht auf die Auslegung ein, die früher die Redner im Reichstage dem § 23 des Sozialistengesetzes gegeben hätten (Ausweisung), daß nur in den dringendsten Fällen diese Ausweisung eintreten solle. Sodann versucht Redner an einer Anzahl von Einzelfällen nachzuweisen, daß die Ausweisungen in Hamburg-Altona aus hinfälligen Gründen erfolgt seien, daß Personen aus Irrthum, aus Verwechselung ausgewiesen seien. (Fürst Bismarck ruft: Das ist nicht wahr!) Der Polizeibeamte Engel habe den Ausgewiesenen gesagt: „Seit Erlaß des Ausnahmegesetzes habt ihr euch zurückgezogen, aber jetzt müssen alte Sünden gebüßt werden." (Minister v. Puttkamer ruft: Das ist auch gelogen!) Weiter wird auszuführen gesucht, daß der allgemeine deutsche Arbeiterverein des Freiherrn von Fechenbach in seinem Programme vollständig sozialistisch sei, aber auch nach dem deutschen Einheitsstaate strebe, was der Abg. von Bennigsen noch nicht gewußt zu haben scheint, und dieses Programm sei in der „Deutschen Volks-Zeitung" in Altona unbeanstandet veröffentlicht, während in den letzten Tagen die „Gerichts-Zeitung" in Hamburg wegen eines Satzes über den Nihilismus verboten worden ist.

Minister des Innern von Puttkamer: Bei allen diesen Aufzählungen habe er nicht umhin gekonnt, innerlich zu erröthen über die unerhörte Kühnheit, mit der notorisch erlogene Thatsachen hier vorgebracht, die sämmtlich falsch seien. Der Vorredner habe wissen müssen, daß die Regierung über diese Sachen doch auch unterrichtet sei und durfte sich also nicht hier zum Organ wissentlicher Unwahrheiten machen. Zunächst sei der Polizeikommissar Engel in Altona über die Behauptung des Vorredners eidlich vernommen und habe auf seinen Diensteid erklärt, daß es nicht wahr sei, was hier behauptet worden. (Hört! Hört!) Nun solle in Hamburg ein Bruder für den andern ausgewiesen sein. Auch das sei falsch, es sei allerdings der Vorname der Brüder verwechselt, aber der richtige sei ausgewiesen und demnächst auch natürlich die Ausweisung aufrecht erhalten worden. Was den Werner'schen Fall angehe, so sei allerdings derselbe nicht in Untersuchung genommen, er sei aber nicht freigesprochen, sondern die Untersuchung sei nicht zu eröffnen gewesen, weil das Blatt nicht fertig gedruckt gewesen wäre; das Blatt, so weit es gedruckt worden, enthalte so unfläthiges Zeug, daß man unmöglich dasselbe hier mittheilen könne; man braucht aber nur Werners Vergangenheit zu kennen, um zu wissen, welch Geistes Kind derselbe ist. Der Minister erklärt, darauf verzichten zu müssen, jede Unwahrheit des Vorredners hier zu widerlegen, es sei ihm darauf angekommen, zu zeigen, daß derselbe überhaupt hier Unwahrheiten auf die Tribüne gebracht habe. Was nun die Angelegenheit der Sammlungen für die Angehörigen Ausgewiesener angehe, so habe der Regierung bisher keine Beschwerde vorgelegen über hierauf erstreckte Verbote; es habe kein Grund zum Einschreiten vorgelegen. Nachdem aber nicht etwa durch Beschwerde, sondern durch Kenntnißnahme von Prozeßakten die Regierung Kenntniß von dem Altonaer Verbote erhalten habe, habe sie dasselbe aus eigener Initiative sofort aufgehoben und sämmtlichen Polizeibehörden durch Cirkular Kenntniß davon gegeben. Das Hamburger Verbot beziehe sich nicht auf Sammlungen für die Hinterbliebenen der Ausgewiesenen, sondern auf Sammlungen für die Ausgewiesenen und deren Hinterbliebene, und hoffe er, daß der Hamburger Senat dies Verbot, das sehr begründet sei, aufrecht erhalten werde, da doch die ausgewiesenen Agitatoren keinen Nutzen von den Sammlungen haben sollten. Wenn früher vielleicht die Sozialdemokratie noch mit einem Anscheine von Recht behaupten konnte, sie sei keine Umsturzpartei, sie sei nur eine Reformpartei, auch sie sei patriotisch, so könne heute solche Behauptung nicht mehr gewagt werden, da in ihren letzten offiziellen Erklärungen die Partei sich selbst als Umsturzpartei, als extrem atheistische, als extrem nihilistische bezeichnet habe. Nun zerfalle die Partei in 2 Richtungen, Marat-Hasselmann-Most, die ihrem Gegner an die Kehle springe, wenn er nicht gehorche, und Robespierre-Bebel-Liebknecht, die, wie Herr Auer, Most und Genossen von ihren Rockschößen abschütteln möchten. Letztere betrieben die Sache etwas systematischer, sie sagen: wozu alle diese Attentate? wir wollen die Gesellschaft durch dauernde Agitation erst untergraben und sie dann stürzen. Nun scheint mir die Partei Most viel einflußreicher zu sein, als die Bebel-Liebknecht, denn der Energische bekommt den weniger Energischen stets unter. Indem ich mich nun unter die doppelte Unverantwortlichkeit des Reichstagsabgeordneten und Bundesrathskommissars stelle, werde ich einige Beweise liefern; ich muß diese Unverantwortlichkeit anrufen, weil mich sonst, wenn ich diesen Saal verlasse, jeder Schutzmann mit vollem Rechte verhaften würde, um mich lang andauernder Gefängnißstrafe zu überliefern. Herr Most schreibt über die Blutthat in St. Petersburg: „Triumph, Triumph! Das Wort des Dichters hat sich erfüllt an einem der scheußlichsten Tyrannen Europa's, dem längst der Untergang geschworen war... Der Kaiser von Rußland ist nicht mehr... Am vergangenen Sonntage Mittags hat die ..... der Richter des Volkes, das dessen Todesurtheil längst gesprochen, ereilt und abgethan. . . ." Herr Hasselmann, der auch heute noch Reichstagsabgeordneter ist für Elberfeld-Barmen, sagte über dieselbe Schandthat in einer öffentlichen Versammlung in New-York: Alexander war nicht der einzige blutdürstige Hund in Europa. Kaiser Wilhelm .." (hier folgt eine nicht wiederzugebende Auslassung). Darauf beschloß die ehrenwerthe Versammlung eine Zustimmungsadresse an die russischen Nihilisten. Der Minister fährt fort: Ich hoffe, daß das Haus, nachdem die Einzelheiten dieses Falles genauer bekannt sein werden, sich mit der Frage zu beschäftigen haben wird, ob nicht dieser famose Reichstagsabgeordnete Hasselmann unter Anklage wegen Hochverraths zu stellen und vom Reichstage auszuschließen sein wird. (Beifall.) Der Minister giebt nun eine weitere reiche Blumenlese von Brandstellen der Most'schen Zeitung „Freiheit". Ich komme nun auf die andere Denomination der Sozialdemokratie. Sie wissen ja schon, daß der sogenannte Kongreß in Schloß Wyden einen Wendepunkt darstellt in der gesammten Entwickelung der Sozialdemokratie. Derselbe war besucht von sämmtlichen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, ich werde abwarten, ob die Herren ihre Identität in Abrede stellen werden. (Abg. Bebel ruft: Nein!) Hier ist nun eine Revision des sozialdemokratischen Programms vorgenommen und hat man ein neues Programm aufgestellt. Zunächst ist den Herren ihre Gebundenheit an das Gothaer Programm, das die Worte enthält „mit allen gesetzlichen Mitteln", etwas langweilig geworden und sie haben deshalb und zwar einstimmig das Wort gesetzlich gestrichen. Ferner hat die Partei beschlossen, an dem in Zürich erscheinenden „Sozialdemokraten" als einzigem, aber auch offiziellem Partei-Organ festzuhalten, ich werde später auf dieses Blatt zurückkommen und daraus beweisen, welche Richtung die heutige deutsche Sozialdemokratie verfolgt. Dann hat die Partei beschlossen, sich als ein Glied der allgemeinen internationalen Revolutionspartei aufzuthun, und dazu eine besondere Verkehrsstelle internationaler Natur zu begründen. Das erste Aktenstück, das diese neue auswärtige Verkehrsstelle in die Oeffentlichkeit gebracht, enthält ein vollständiges Manifest an sämmtliche Sozialdemokraten Europas. Der Minister verliest dieses Manifest unter dem Hinweis, daß dies das Programm Bebel-Liebknecht sei. Der Minister giebt sodann die Meinung des „Sozialdemokraten" über die Legitimität des gewaltsamen Umsturzes zum Besten, dieselbe ist enthalten in einem Gedicht „die Rebellion". Der Dichter nennt sich Katilina. (Heiterkeit.) Dasselbe beginnt:

„Zagst du noch immer träumendes Geschlecht,
Rebell zu sein vom Scheitel bis zur Sohle."

Der Minister führt dann an einer weiteren Zahl von Citaten aus dem „Sozialdemokraten" aus, daß weder die Sprache, noch die Ziele dieser „Gemäßigten" den Most'schen etwas nachgeben, sie unterscheiden sich nur darin, daß sie sich um die letzte Konsequenz herum zu winden suchten. Aber auch auf den Patriotismus dürften sich diese „Gemäßigten" nicht mehr berufen, denn der „Sozialdemokrat" schriebe, „über kurz oder lang müssen Krieg oder Hungersnoth ihre Schritte über Europa len-

ken und dann kommt der Tag, wo der lang angesammelte Grimm sich Luft macht. Wann, wann kommt dieser Tag wohl, ruft wohl ein Jeder, der nicht Fischblut in den Adern hat? Geduld, nur Geduld, er kommt, er ist näher, als die heutigen Machthaber, die faule Bourgeoisie, es sich träumen lassen." Endlich geht der Minister auf die Stellung der „Gemäßigten" zum Christenthum ein. Also Sie sehen, meine Herren, fährt der Minister fort, daß alle die Parallelen des Herrn Auer zwischen der Sozialdemokratie und anderen Parteien nicht zutreffen. Sie trägt ihren eigenen eigenthümlichen Stempel, sie nöthigt dazu, ihr eine andere Behandlung angedeihen zu lassen, als allen anderen Parteien, wie es ja auch die Vertreter der Nationen im Erlaß des Sozialistengesetzes anerkannt haben. Wenn nun Organe, die Anschauungen dieser Partei predigen, in Tausenden von Exemplaren über die Grenze geschmuggelt werden und von Hunderten von Agenten deren Verbreitung in den großen Städten in den Verkehrszentren betrieben wird, wie es ja notorisch ist, würden Sie es denn da nicht als eine Pflicht der Regieruug betrachten, dem mit allen gesetzlichen Mitteln entgegen zu treten, ja ich gehe noch weiter, würden Sie es nicht als eine Verkennung ihrer Pflicht betrachten müssen, wenn die Regierung es unterließe, an solchen Orten dieser Agitation entgegen zu treten? (Lebhafter Beifall.) Meine Herren, die von Berlin Ausgewiesenen haben sich hauptsächlich nach Hamburg gewendet. (Abg. Bebel ruft: auch nach Leipzig.) Ich höre soeben das Wort Leipzig und da kann ich mittheilen, daß die königl. sächsische Regierung sich bereits mit der Frage beschäftigt hat, ob es nicht ihre Pflicht sei, beim Bundesrathe die Ausdehnung dieser Maßregel auch auf Leipzig zu beantragen. (Abg. Bebel ruft: dann gehen wir nach Altenburg.) Nun, dann hätten wir schon viel erreicht im Sinne der Besänftigung, wenn die hervorragenden Agitatoren erst alle in Städten von der Größe Altenburgs sind, wird die Beruhigung schon eintreten. Es wird nun immer behauptet, das Gesetz sei nicht wirksam gewesen, in gewissem Sinne ist das richtig, aber Sie dürfen doch nicht die große präventive Wirkung außer Acht lassen. Wenn wir unsern arbeitenden Mitbürgern auch nicht alle utopischen Forderungen der Sozialdemokratie gewähren können, so bieten wir ihnen doch vor Allem ein Vaterland (Beifall) und eine hülfreiche Hand für ihre materielle Noth.

Es hatte sich des Hauses, nach all' den Mittheilungen, eine große Bewegung bemächtigt und nach einer kurzen Ausführung des Abg. von Kardorff und einigen persönlichen Bemerkungen wurde die Sitzung vertagt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr.

Tagesordnung: Rest der heutigen Berathung.

Schluß 4½ Uhr.

Ausland.

Paris, 30. März. (B. T.) Der Streit zwischen dem Pariser Stadtrath und dem Polizeipräfekten Andrieux trat gestern in ein akutes Stadium. Von der Ansicht ausgehend, er habe das Recht, den Polizeipräfekten zu kontroliren, interpellirte der Stadtrath kürzlich Herrn Andrieux wegen der nächtlichen Unsicherheit von Paris. Andrieux antwortete nicht, vorgebend, daß er nur vom Minister des Innern abhänge. Die Regierung gab ihm Recht und annullirte den diesbezüglichen Beschluß des Stadtraths. Gestern annullirte nun der Stadtrath wieder den Erlaß der Regierung und nahm einstimmig eine energische Tagesordnung an. Der Stadtrath, heißt es da, votire das Budget des Polizeipräfekten mit zweiundzwanzig Millionen und habe daher ein Recht auf Interpellation über die Sicherheit und die Kontrole der Verwendung des Geldes. Die Regierung möge abhelfen, es könne nicht länger so fortgehen. Man ist gespannt, was die Regierung thun wird. Andrieux ist besonders den Radikalen und Intransigenten ein Dorn im Auge. Man sieht, der Geist der Kommune ist noch lebendig.

Paris, 30. März. Auch nicht intransigente Blätter, wie z. B. die „France", geben Andrieux in dem Konflikt mit dem Stadtrath Schuld und sagen: die Regierung habe nur die Wahl der Entlassung Andrieux oder der Auflösung des Stadtraths.

Heute wird in Gegenwart des Marineministers in Toulon das Flottmachen des versunkenen Panzerkolosses „Richelieu" versucht. Die französischen Blätter sagen: eine so großartige Operation sei noch nie ins Werk gesetzt worden.

In einer gestern abgehaltenen Kommunarden-Versammlung wurde vorgeschlagen, Russakoff zum Ehrenpräses zu ernennen, der Antrag wurde aber einstimmig abgelehnt.

London, 30. März. Lord Beaconsfields Befinden ist heute besser, doch warnen die Aerzte noch vor allzu sanguinischen Hoffnungen, obgleich die Erschöpfung des Patienten schon bedeutend nachgelassen hat.

Petersburg, 29. März. Wie es heißt, ist Graf Schuwaloff, welcher sich demnächst in außerordentlicher Mission nach Wien begiebt, vom Kaiser eingeladen worden, in der Wiener Hofburg Absteigequartier zu nehmen.

Provinzielles.

Stettin, 31. März. Das zweite pommersche Provinzial-Schützenfest wird in den Tagen vom 3. bis 6. Juli hierselbst abgehalten werden. Der Vorstand des Provinzial-Schützenbundes hat bereits in diesem Monat folgenden Aufruf erlassen: „Geehrte Schützenbrüder! Durch Beschluß des Gesammt-Ausschusses unseres Bundes ist Stettin als Festort für das in diesem Jahre stattfindende zweite Pommersche Provinzial-Schützenfest wieder gewählt. Die Schützen-Kompagnie der Bürger hierselbst hat diese Wahl angenommen und zur Abhaltung des Festes die Tage vom 3. bis incl. 6. Juli cr. bestimmt. Als Stettin vor 2 Jahren unter Aufwendung bedeutender Kosten das erste Provinzial-Schützenfest übernahm, gehörten dem Bunde 548 Mitglieder an. Diese Zahl hat sich bei Entrichtung der Beiträge pro 1880 auf 357 ermäßigt, und wenn wir nun auch glauben, daß viele der Säumigen dem Bunde treu bleiben und den Beitrag nachträglich bezahlen werden, so beweist dieser Umstand jedoch, daß das Interesse für die Förderung des Schützen-Wesens in unserer Provinz ein sehr schwaches im Vergleiche mit anderen genannt werden muß. Während z. B. der dreimal so starke Bund unserer Nachbar-Provinz Brandenburg jährlich an Mitgliederzahl wächst, geht der unsrige darin zurück. Schützen Pommerns! An Euch ist es jetzt, zu beweisen, daß das Interesse an dem edlen Vergnügen des Schießens bei Euch nicht erloschen und Ihr gegen die übrigen Schützen unseres Vaterlandes nicht zurückbleiben wollt. Tretet, soweit es noch nicht geschehen, unserem Bunde bei, der Beitrag von jährlich 1 Mark ist geringe und dürfte jedem Einzelnen bei einigermaßen gutem Willen nicht schwer werden."

— Durch eine Verfügung des Kgl. Provinzial-schul-Kollegiums sind die diesjährigen Ferien an allen höheren Schulen der Provinz wie folgt festgesetzt: 1) Osterferien vom 6. April Mittags bis 21. April früh; 2) Pfingstferien vom 4. Juni Mittags bis 9. Juni früh; 3) Sommerferien vom 2. Juli Mittags bis 1. August früh; 4) Michaelisferien vom 28. September Mittags bis 13. Oktober früh; 5) Weihnachtsferien vom 21. Dezember Mittags bis 5. Januar 1882 früh.

— Der Arbeiter August Göcks, Siedereistraße 4 wohnhaft, wollte vorgestern Morgen vom Festungsbauhof eine Fuhre Sachen abfahren, in der Durchfahrt nach dem Paradeplatz wurde er jedoch vom Wagen gefaßt und derartig gegen die Durchfahrtsmauer gedrückt, daß er einen Schlüsselbeinbruch erlitt und nach dem städtischen Krankenhause geschafft werden mußte.

— Zum Besten des Pestalozzi-Vereins veranstaltet Fräulein Anna Drechsler, unter Mitwirkung der Gebrüder Fabian, am Sonnabend in Wolff's Saal eine musikalische Soiree. Da der Eintrittspreis auf nur 50 Pf. festgesetzt ist, dürfte dieselbe eines zahlreichen Besuches sicher sein.

— In Wollin ist am Sonntag ein Verein für Geflügelzucht und Thierschutz begründet worden.

— Gestohlen wurden am 30. d. M.: Aus einer unverschlossenen Waschküche Pölitzerstraße 62 mehrere Wäschestücke im Werthe von ca. 16 M. und den Herren Köhn und Hellmann ein Handkarren im Werthe von 30 M.

— Die Restaurateure auf den Bahnhöfen haben jährlich durch Diebstähle an Geschirr 2c. ganz bedeutende Verluste zu erleiden. In den meisten Fällen werden die Thäter bei derartigen Diebstählen nicht ermittelt, gelingt dies aber, so wird gegen den Thäter stets auf eine verhältnißmäßig hohe Strafe erkannt. So hatte sich in der heutigen Sitzung des Schöffengerichts der Schlossermeister August Halle aus Alt-Damm wegen Diebstahls zu verantworten, weil er am 29. Dezember v. J. auf dem hiesigen Berliner Bahnhofe eine leere Selterflasche mitgenommen hatte und wurde deshalb gegen ihn auf 1 Woche Gefängniß erkannt.

Eines Tages im September v. J. wurden die Arbeiter Klatt und Fleischfresser auf der Grabowerstraße von mehreren Anderen angegriffen und nicht unerheblich verletzt. Von den Exzedenten wurde nur der Arbeiter Robert Behnkendorff ermittelt und derselbe, deshalb wegen Mißhandlung angeklagt, zu 4 Monaten Gefängniß verurtheilt.

— (Stadttheater) Gastspiel des Herrn Ernst Possart, Direktor des königlichen Schauspiels in München. Wir hatten Gelegenheit, Herrn Possart in zwei seiner bedeutendsten Rollen (Shylock und Mephisto) zu sehen und stehen nicht an, es auszusprechen, daß wir uns einem bedeutenden Schauspieler gegenüber befinden, der wohl berechtigt ist, in der deutschen Bühnenwelt eine erste Stufe einzunehmen. Mit großen oratorischen Mitteln und einer gedrungenen Gestalt ist Possart ausgestattet, seine Auffassung ist eine virtuose, nur hüte sich der verehrte Künstler vor einem Allzuviel. Possart bedarf der sogenannten Drücker garnicht und doch wie gern und oft wendet er sie an. Wir erinnern nur an das Nerven irritirende Bartspiel seines Shylocks im 1. Akt und an den gemachten Abgang nach der großen Gerichtsszene im 4. Akt. Unseres Bedünkens war der Shylock im 3. Akte zu herrisch angelegt. — Ueber die Auffassung seines Mephisto läßt sich streiten, Possart spielt ihn, entgegen der Auffassung anderer Kunstgrößen, als ganzen Teufel, doch die Konsequenz seiner Durchführung, einige Uebertreibungen in der Szene mit Martha abgerechnet, ist zu bewundern. Wir stehen einem großen Talente gegenüber und wäre das Theater bei Vorführung eines solchen Gastes sicher stets voller gewesen als bisher, hätte die Direktion sich beim Publikum etwas mehr Sympathien zu erwerben verstanden. So bleibt die Erscheinung der leeren Häuser keine auffällige. Die Unterstützung des Gastes vom einheimischen Personal war größtentheils nicht einer Bühne vom Range des Stettiner Stadttheaters entsprechend. Indeß man ist ja genügsam geworden!

β **Gülzow**, 28. März. Seitdem der Bau der Eisenbahn von Alt-Damm nach Colberg in Angriff genommen ist, gewinnt die in Aussicht genommene Verbindung von Flecken Gülzow resp. des östlichen Theiles des Camminer Kreises mit dieser Bahn durch eine Chaussee eine größere Bedeutung. Da Gülzow mit Cammin bereits durch eine Chaussee verbunden ist, handelt es sich in diesem Falle nur um den Weiterbau dieser Linie von Gülzow bis Naugard, etwa in der Richtung der früheren alten Poststraße über Friedrichsberg. Betrachtet man die Strecke und das Terrain, welche für den Camminer Kreis in dieser Beziehung in Rechnung kommen, so reduzirt sich erstere auf das kurze Ende von 6 Kilometern bis zur Naugarder Kreisgrenze, während letzteres aus einem ebenen lehmigen Sandboden besteht; indessen Steine und Kies in nächster Nähe dieser Strecke liegen, und zwar in derartiger Menge, daß Beides früher s. Z. zur Aufschüttung der Cammin-Gülzower Chaussee von hier bezogen wurde. Der Bau würde also verhältnißmäßig dem Camminer Kreise wenig Kosten verursachen und möchte die Ablehnung einer Vorlage zum Bau der betreffenden Strecke seitens des Camminer Kreistages kaum zu befürchten stehen. Es entsteht nun die weitere Frage: Wie wird sich der Naugarder Kreis zum Bau dieser projektirten Chaussee verhalten? Wenn sich daselbst hinsichtlich des Bodens und Materials auch ähnliche Verhältnisse vorfinden, wie im diesseitigen Kreise, so würde ersterer eine Strecke von 14 Kilometern zu bauen haben. Wie verlautet, soll im Naugarder Kreise Geneigtheit zum Bau dieser Chausseestrecke vorhanden sein. Die Bestätigung dieser Nachricht bleibt nun abzuwarten, jedenfalls wird es hauptsächlich auf den Beschluß der Naugarder Kreis-Vertretung ankommen, ob wir die Chaussee-Verbindung mit Naugard erhalten werden. Sicher hätte durch diese Chaussee der Naugarder Kreis bezw. die Stadt Naugard den größeren Vortheil, da der ganze Verkehr von Gülzow und Umgegend nach Naugard zur Eisenbahn würde gelenkt werden. Auch müßte der Forst- und Post-Fiskus an dem Bau der qu. Chaussee ein reges Interesse haben, da dieselbe bedeutende Theile der königlichen Forst durchschneiden und auch die Post dann wahrscheinlich wieder wie in früheren Jahren von Cammin über Gülzow nach Naugard gehen würde.

§ **Von der hinterpommerschen Grenze**, 26. März. Von Woche zu Woche ziehen immer größere Massen unserer tüchtigsten Arbeiterfamilien über den Ocean. Das fordert auf, den Gründen nachzuforschen, die diese bedauerliche Erscheinung hervorrufen. Wäre es der Abschaum des Volkes, der sich in den großen Städten findet und mit seiner Halb- und Viertelbildung zum Träger der sozialdemokratischen Ideen wird, — wir wollten noch eine Beisteuer befürworten, denselben die Kosten der Reise zu ermöglichen. Aber wer die ordentlich gekleideten, kräftigen Leute sieht, meistens im besten Lebensalter stehend, die der Heimath auf Nimmerwiedersehen den Rücken zukehren, der müßte kein patriotisches Herz im Busen haben, wenn er nicht seine Stimme erhöbe, daß diesem Uebel gesteuert werde.

Schreiber dieser Zeilen hat sich bemüht, durch eingehenden Verkehr mit vielen Auswanderern sich Klarheit in dieser Sache zu verschaffen und erlaubt sich, seine Wahrnehmungen und Vorschläge zur Abhülfe hiermit der öffentlichen Prüfung zu unterbreiten.

Zunächst ist es der Mangel an Interesse für den heimathlichen Boden, bewirkt durch Abfindung der Arbeiter mit baarem Gelde, welche unzählige Arbeiterfamilien zuvörderst von Gutshof zu Gutshof und endlich aus dem Lande treibt. Einst war es anders! Da waren bei fast allen größeren Gütern die sogenannten „Arbeitermorgen", Stücke des einträglichsten Landes, auf denen die Arbeiterfamilien durch eigene Thätigkeit einen erheblichen Nutzen erwarben, der fast gar nicht mit in Rechnung gezogen wurde. Der Arbeiter betrachtete es gleichsam als Eigenthum, holte sich aus dem Walde oder Torfbruch Düngemittel und lebte oft besser, als ein kleiner Käthner. Es erbte sich oft eine solche Arbeitsgelegenheit mit Haus, Stall, Acker, Garten und Arbeitermorgen von Generation zu Generation und eine zahlreiche Familie konnte sich vom Kleinsten bis zum Größten nützlich machen. Selbst der alte Großvater lag, Unkraut jätend, im Garten, dabei die Enkel um sich habend und beaufsichtigend. Im Winter hatte jeder Arbeiter seinen Antheil am Erdrusch, gewöhnlich den 16. Theil davon

Heute bezahlt man die Arbeit in baarem Gelde, giebt hohe Löhne, entzieht, so viel man kann, den Leuten die selbstständige Bewirthschaftung eigener Landparzellen und betrachtet überhaupt das Verhältniß als das von Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Dabei stehen sich die Leute schlechter und gewinnen die heimathliche Scholle nicht lieb. Sie ziehen von einem Orte zum andern, bis sie endlich den Weg aus dem Lande finden.

Es giebt ja lobenswerthe Ausnahmen, aber im Allgemeinen ist es so.

Daneben sind besonders in Westpreußen noch verschiedene, zu Mißvergnügen Anlaß gebende Zustände. Viele Gutsbesitzer haben sehr theuer ihre Güter eingekauft, sind tief verschuldet und müssen die Arbeiter möglichst beschränken, um nur die Zinsen herauszuschlagen. Aehnlich ist es bei den Pächtern, die durch gegenseitige Ueberbietung zu hohe Pachtbeträge zahlen. Dazu kommt das sogenannte Scharwerkerwesen, wodurch dem Arbeiter zur Pflicht gemacht ist, gegen geringe Entschädigung einen Dienstboten zu halten. In einzelnen Fällen tritt wohl auch dazu rohe Behandlung von Seiten der Gutsinspektoren, zu lange Arbeitszeit, Verabreichung schlechten Deputats. Auch ist allgemeine Klage darüber, daß durch die neueren Forstgesetze die Beschaffung des Raff- und Leseholzes erschwert, zum Theil unmöglich gemacht wird.

Kommen nun durch die Erleichterung des Postverkehrs so zahlreiche Briefe von Amerika, worin die dortigen Verhältnisse in rosigem Lichte geschildert werden, ja erfolgen von Anverwandten Freikarten zur Ueberfahrt, so hält nichts den mißvergnügten Arbeiter zurück, und wie Krankheiten epidemisch werden, so steckt auch das Auswanderungsfieber an. Wodurch aber nun dem Uebel begegnen? Vor Allem durch Besserung der Arbeiterverhältnisse durch Abstellung jener Mißstände, durch Dotirung der Arbeiter mit ergiebigen Landparzellen, durch Einrichtung menschenwürdiger Wohnungen, Ermöglichung der Beschaffung von Raff- und Leseholz aus den Forsten, Aufhebung der Schulgelder, Kirchen- und kommunaler Steuern und Versorgung der altersschwachen Arbeiter. Das läßt sich natürlich mit einem Male nicht machen und wir fürchten, erst die Noth wird diese Forderungen zur Schädigung des Gemeinwohls in Erfüllung gehen lassen.

Von der Gesetzgebung aber wünschen wir eine Erschwerung der Auswanderung und Zahlung einer hohen Auswanderungssteuer. Letztere finden wir durchaus gerecht. Der junge Mann, der 30 Jahre hindurch die Wohlthaten der Landesinstitutionen genossen und dem Vaterlande seine Kraft entlehnt hat, darf sich nicht ledig aller Pflicht gegen dasselbe betrachten; nichts wäre darum wohl billiger und gerechter, als eine solche Steuer

---

Vermischtes.

— Zwei Berliner Postillone, welche regelmäßig Packete in ihren Packetwegen zu den Bahnhöfen zu fahren haben, haben seit mehreren Monaten fortgesetzt die ihnen anvertrauten Packete theilweise ihres Inhalts beraubt, und zwar so, daß die Entdeckung der Unterschlagung ausnehmend erschwert wurde. Wesentlich erleichtert wurden die Unterschlagungen dadurch, daß in Folge des Entgegenkommens der Postverwaltung in Bezug auf die Annahme von nur verschnürten Packeten seit längerer Zeit Packete der Post zur Beförderung gegeben werden, die so mangelhaft verschnürt sind, daß sie mit Leichtigkeit geöffnet, eines Theils ihres Inhalts beraubt und dann wieder geschlossen werden können, ohne daß der Adressat davon etwas bemerken kann. In dieser Weise haben die gedachten Postillone während ihrer Nachttouren von den auf den Verdecken ihrer Wagen befindlichen Packeten die schlecht verschnürten geöffnet, einen Theil ihres Inhalts sich angeeignet und ihre Beute ihren Frauen zur Veräußerung übergeben. Beide Postillone sind verhaftet.

— Man erzählt uns ein aktuelles Bonmot: Im Kreise einiger Schauspieler und Theaterhabitués unterhielt man sich von dem Theaterbrand in Nizza. Ein anwesender Berliner Theaterdirektor, der leider sehr schlechte Geschäfte macht und allabendlich nur ein sehr kleines Auditorium bei sich sieht, wurde gedankenvoll. — Was sinnen Sie, lieber Direktor? — Ich überlege mir, wie wichtig es ist, ein Theater möglichst schnell zu entleeren, ich werde noch zwei Nothausgänge in meinem Theater anbringen … Ausgänge? — wiederholte ein boshaftes Mitglied der Gesellschaft verwundert, — lassen Sie lieber noch ein paar Eingänge herstellen …

Telegraphische Depeschen.

Wien, 30. März. Erzherzog Karl Ludwig ist heute aus Petersburg hier wieder eingetroffen.

Wien, 30. März. Die „Wiener Allgemeine Zeitung" meldet aus vorzüglicher griechischer Quelle, Griechenland werde schwerlich die neue Grenze acceptiren. Es stehe vor dem Dilemma: Krieg oder Staatsbankerott. Es werde den ersteren wählen, weil es hoffe, schlimmsten Falls nicht ohne Unterstützung zu verbleiben.

Wien, 30. März. Die „Politische Korrespondenz" meldet:

Aus Athen: Die Nachricht, daß die Mächte die von den Botschaftern vereinbarte Grenze angenommen haben, machte einen konsternirenden Eindruck. In der hiesigen griechischen Gesandtschaft herrscht ebenfalls eine sehr deprimirte Stimmung.

Lissabon, 30. März. Die Kammern haben sich bis zum 30. Mai cr. vertagt.

London, 30. März. Dem „Reuter'schen Bureau" wird aus Konstantinopel gemeldet, die Botschafter der Mächte hätten ein Protokoll unterzeichnet, in welchem sie anerkennen, daß die von der Pforte vorgeschlagene Grenzlinie das aufrichtige Verlangen derselben nach Frieden bekunde. Die Botschafter erkennen in demselben ferner an, daß die Abtretung von Epirus fast unmöglich sei, und rathen ihren Regierungen, die Annahme der von der Pforte vorgeschlagenen Linie Griechenland anzuempfehlen.

London, 30. März. Nach einer amtlichen Meldung aus Simla vom heutigen Tage wird Ajub Khan von aufständischen Truppen von Herat und Kandahar und von dem Aimal-Stamme in Herat belagert. Gerüchtweise verlautet, Ajub Khan sei zum Gefangenen gemacht worden.

Petersburg, 30. März. Die preußischen und holländischen Deputationen, welche anläßlich der Beisetzungsfeierlichkeiten hier eingetroffen waren, haben heute die Rückreise angetreten.

Großfürst Paul Alexandrowitsch ist nach dem Auslande abgereist.

Bukarest, 30. März. Senat. Der Minister des Auswärtigen, Boerescu, theilte mit, daß die Proklamirung zum Königreiche bei den europäischen Mächten eine gute Aufnahme gefunden habe.